

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Frau Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

poststelle@bundeskanzlerin.de-mail.de

08.04.2020

Resolution zum Bodenschutz

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir hoffen und wünschen Ihnen, dass Sie sich in diesen Zeiten guter Gesundheit erfreuen.

Den Mitgliedern des Bundesbündnis Bodenschutz ist bewusst, dass es derzeit viele Sorgen und wichtige Themen in der Bundesrepublik gibt.

Trotz der schweren Zeiten der Coronapandemie und vieler schwieriger Aufgaben der Bundesregierung sehen wir uns nach gründlicher Abwägung dennoch veranlasst, unser Anliegen jetzt vorzutragen.

Dies geschieht vor allem im Hinblick darauf, dass nach unseren Informationen nun über eine **Verlängerung des § 13 b Baugesetzbuch** (beschleunigtes Verfahren für die Bebauung von Außenbereichsflächen zu Wohnzwecken) beraten werden soll. Dies würde zu weiterer Bodenversiegelung führen, obwohl im ländlichen Raum reichlich Wohnraum vorhanden ist.

Es geht uns nicht darum, Entwicklung oder Bauen zu verhindern. Wir wollen, dass sich die Aktivitäten des Bundes und der Länder stärker auf Innenbereichsflächen und die Entwicklung der in ländlichen Gebieten vorhandenen Wohnungen und ungenutzter Gebäude konzentrieren – als „Dableibvorsorge“, wie der Bundespräsident es nannte.

Wir sind überzeugt, dass trotz bzw. gerade im Hinblick auf die derzeitige Situation das Thema Umgang mit unserer Umwelt und Flächenverbrauch nunmehr aufgegriffen werden muss.

Naturschutzverbände, Bauernverbände, Bürgerinitiativen und Experten, die im Bundesbündnis Bodenschutz zusammen geschlossen sind, haben daher in einer Resolution entschieden, sich jetzt sehr deutlich und öffentlich gegen den weiteren immensen Flächenverbrauch (über 60 ha /Tag) auszusprechen. Ein „Weiter so“ wie bisher wäre fatal. Darum bitten wir Sie sich des Themas anzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Für das Bündnis Bodenschutz:



Ingrid Hagenbruch

Rechtsanwältin